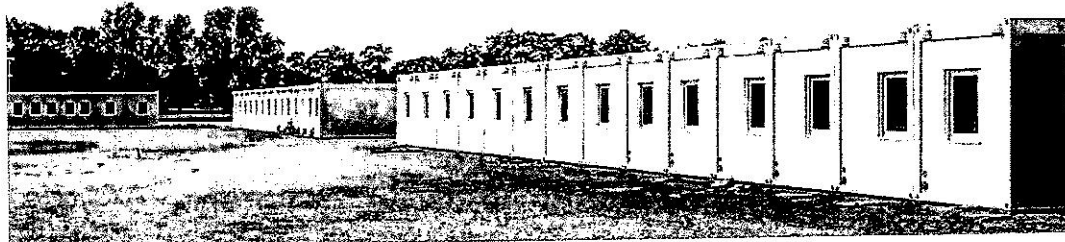


Ungenutztes Flüchtlingsdorf im Ammerland

Falsche Bedarfswahlen kosten den Steuerzahler Millionen



In dem Containerdorf in Edewecht sollten bis zu 500 Geflüchtete aus der Ukraine Unterkunft finden. Bewohner sind hier jedoch nie eingezogen. Nun sollen die Container verkauft werden, um den finanziellen Schaden zu begrenzen.

Foto: Landkreis Ammerland (August 2023)

Als das Land Niedersachsen im Herbst 2022 einen erhöhten Bedarf zur Unterbringung von Geflüchteten auswies, reagierte der Landkreis Ammerland vorbildlich und beschloss innerhalb kürzester Zeit die Errichtung von „Dorf Edewecht“ – einem Containerdorf für Schutzsuchende aus der Ukraine. Doch obwohl die Container bestellt und das Grundstück aufwendig hergerichtet wurde, ging die Unterkunft nie in Betrieb. Der Grund: Die vom Innenministerium ausgegebenen Bedarfswahlen waren völlig überhöht. Trotzdem wies das Land jede Verantwortung von sich und ließ den Landkreis auf den Kosten sitzen.

Im Herbst 2022 informierte das Land Niedersachsen den Landkreis Ammerland, dass dieser im Frühjahr 2023 voraussichtlich rund 1.400 weitere Flüchtlinge aufnehmen müsse – vorwiegend aus der Ukraine. Da die dezentralen Kapazitäten des Landkreises zur Unterbringung von so vielen Flüchtlingen nicht ausreichten, entschieden sich der Landkreis und seine Mitgliedsgemeinden im Oktober 2022 für eine zentrale Lösung: In Edewecht sollte unter dem Namen „Dorf Edewecht“ eine aus acht Wohncontainern bestehende Container-Siedlung mit Platz für bis zu 500 Ukrainer entstehen. Im April 2023 sollten die ersten Neuankömmlinge ins „Dorf“ einziehen. Doch soweit sollte es erst gar nicht kommen.

Mehr Geflüchtete aufgenommen als gedacht

Der Landkreis Ammerland war mit den Arbeiten für das Containerdorf schon weit vorangeschritten, als das niedersächsische Innenministerium im Februar 2023 völlig überraschend mitteilte, Niedersachsen habe bereits rund 16.500 ukrainische Flüchtlinge mehr aufgenommen als es nach dem Bundesländer-Verteilungsschlüssel („Königsteiner Schlüssel“) eigentlich gemusst hätte. Die Verantwortung für diese „Überquote“ sieht das Land jedoch bei den niedersächsischen Kommunen. Diese haben, so das Innenministerium, die von ihnen bereits untergebrachten Ukrainer unvollständig und zu spät in das entsprechende Meldesystem eingetragen. Wegen der daraus resultierenden „Überquote“ werde das Land den Kommunen zunächst keine weiteren Ukrainer mehr zuweisen. Von heute auf morgen wurde „Dorf Edewecht“ nicht mehr benötigt.

Landkreis bleibt auf Kosten sitzen

Zu diesem Zeitpunkt waren dem Landkreis Ammerland schon hohe Kosten entstanden. So schlug der Kauf der acht Containeranlagen mit rund 3,9 Mio. Euro zu Buche, die Herrichtung des Baugrundstücks und der Container verschlang weitere 1,15 Mio. Euro. Der

Landkreis hielt das zunächst für unproblematisch, da er fest davon ausging, dass das Land die vergeblichen Kosten vollständig tragen würde – schließlich kamen die falschen Zahlen ja auch von dort.

Das Land lehnte die Übernahme jedoch ab und verwies auf eine pauschale Sonderzahlung in Höhe von 750.000 Euro, die dem Landkreis für die Vorhaltung einer zentralen Flüchtlingsunterkunft zugewiesen wurde. Eine weitere Kostenerstattung sei nur zulässig, wenn tatsächlich eine Flüchtlingsunterbringung stattfinde. Hierzu regte das Land an, im „Dorf Edewecht“ auch Geflüchtete anderer Nationalitäten unterzubringen. Dies lehnte der Landkreis unter Verweis auf die politische Beschlusslage im Ammerland jedoch ab.

Um Schadensbegrenzung bemüht

In dieser Pattsituation beschlossen der Landkreis und seine Mitgliedsgemeinden im Oktober 2023, die Hälfte der Container zu verkaufen, um den finanziellen Schaden einerseits zu begrenzen und andererseits handlungsfähig zu bleiben, sollten dem Landkreis doch noch Flüchtlinge aus der Ukraine zugewiesen werden. Als sich abzeichnete, dass dies aufgrund der anhaltenden „Überquote“ des Landes Niedersachsen nicht der Fall sein würde, wurde der Beschluss im April 2024 auf den Gesamtcontainerbestand ausgeweitet. Wie vom Landkreis zu erfahren war, wird die Hälfte der Container voraussichtlich von kreisangehörigen Kommunen übernommen, die Übrigen an Kommunen außerhalb des Ammerlands veräußert. Insgesamt rechnet der Landkreis mit Verkaufserlösen von rund 2,6 Mio. Euro.

Geld verbrannt, Vertrauen zerstört

Steuerzahler ärgern sich zurecht. Sie sind Leidtragende der Zahlen-Posse, denn sie zahlen den Preis für die unnötigerweise angeschafften Container sowie die sonstigen Kosten im Zusammenhang mit dem „Dorf Edewecht“. Ob die falschen Unterbringungswahlen nun auf Fehler des Landes oder das Meldeverhalten der Kommunen zurückzuführen sind, spielt dabei keine Rolle.

Gelitten hat auch das Vertrauensverhältnis zwischen Kommunen und Land. Mit Blick auf die Vorgänge rund um das „Dorf Edewecht“ dürften es sich Städte, Gemeinden und Landkreise künftig zwei Mal überlegen, ob sie auf Geheiß des Landes zentrale Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete schaffen. Schließlich müssen sie im Falle einer Nichtbelegung stets damit rechnen, auf den Kosten sitzen zu bleiben.